

Liebe Trippstadterinnen und Trippstadter,

die erste Ausgabe in diesem Jahr steht natürlich ganz im Brennpunkt der Landtagswahl. Am 27. März wird das Landesparlament neu gewählt. Wir haben mit Kurt Beck über die vergangenen fünf Jahre gesprochen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident hat über das Erreichte, aber auch über Themen berichtet, die kritisch zu beurteilen sind. Wir haben Kurt Beck nach den Herausforderungen der nächsten Jahre gefragt und wollten die Kernpunkte des SPD-Wahlprogramms von ihm wissen.

Unser Wahlkreiskandidat Thomas Wansch stellt in Stichworten sein persönliches Programm für die nächste Legislaturperiode vor.

Dennoch: die Landtagswahl ist nicht das einzige Thema in dieser Ausgabe. Der SPD-Ortsverein hat seine Position zur Verwaltungs- und Gebietsreform bezogen. Ähnlich wie die Initiative „Pro Kaiserslautern-Süd“ wollen wir weiterhin eine eigenständige Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd. Dies erscheint uns im Augenblick nur möglich, wenn unsere Verbandsgemeinde eine Kooperation mit der Stadt Kaiserslautern eingeht. Verbandsgemeinderat und Ortsgemeinderäte bleiben dann bestehen. Nur die Aufgaben der Verbandsgemeindeverwaltung, die die Beschlüsse der Gremien umsetzen muss, würde dann von der Stadtverwaltung übernommen werden. Aus unserer Sicht ist dieses Verfahren eine echte Alternative zu der Fusion mit der Verbandsgemeinde Landstuhl.

Bitte gehen Sie am 27. März zur Wahl. Unsere Demokratie ist immer noch die beste aller möglichen Staatsformen. Viele Experimente, die in der älteren oder näheren Vergangenheit praktiziert wurden, haben in der Praxis versagt. Nach dem Wahlkampf wird sich alles wieder beruhigen und die dann vom neuen Parlament gewählte Regierung wird ihre Aufgaben sicherlich verantwortungsvoll übernehmen.

Interview mit Kurt Beck

TIB führte mit Ministerpräsident Kurt Beck anlässlich der Landtagswahl 2011 ein Interview.

TiB: Wenn Du auf die vergangenen fünf Jahre zurückblickst: Welches waren für Dich die wichtigsten Themen?

Kurt Beck: Wir können stolz darauf sein, dass sich Rheinland-Pfalz in der Bildungspolitik eine Vorreiterrolle erarbeitet hat. Nirgendwo sonst ist Bildung gebührenfrei, vom Kindergarten ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Erststudium. Gleichzeitig setzen wir auf Qualität: So belegen rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler bei der erstmaligen Überprüfung der bundesweit geltenden Bildungsstandards Spitzenplätze. Unser Angebot ist vielfältig: 146 Gymnasien, 162 Realschulen Plus und 52 Integrierte Gesamtschulen – wir bieten unterschiedliche Schulformen bei sehr guter Qualität. Mir ist es ein Anliegen, dass in Rheinland-Pfalz Wege zu höheren Abschlüssen oder zum Einstieg in eine berufliche Ausbildung immer und allen offen stehen. Es ist durch gemeinsame Anstrengungen aller Schulen gelungen, die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss auf einen neuen Tiefstand zu senken und zugleich den Anteil der Abgänger mit Hochschulreife deutlich zu steigern.

Markenkern unserer sozialdemokratischen Politik ist die soziale Gerechtigkeit. Deshalb wollen wir für soziale Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen sorgen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben. Leider ist



Ministerpräsident Kurt Beck

oft das Gegenteil der Fall: Der Anteil der Leiharbeit ist rasant angestiegen. Dagegen müssen wir vorgehen. Die Menschen müssen von ihrer Arbeit auch leben können und nicht bei einer Vollzeitstelle noch Sozialleistungen beantragen müssen.

In Rheinland-Pfalz wollen wir mit dem Tarifreuegesetz für faire Löhne sorgen. Wir haben einen festgelegten Mindestlohn von 8,50 Euro bei öffentlichen Vergaben festgesetzt. Im Bundesrat haben wir einen Antrag zur Einführung des Mindestlohns eingebracht. Mit der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes hat die SPD-geführte Landesregierung mehr Mitsprache für Personalräte eingeführt. Auch in der Wirtschaftspolitik haben wir es geschafft, gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, mit Unternehmen und Betriebsräten, einen Spitzenplatz für Rheinland-Pfalz zu erarbeiten. Mit über 800 arbeitsmarktpolitischen Projekten jährlich bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit. Mit unseren Anstrengungen haben wir eine sehr gute Versorgung bei den Ausbildungsplätzen erreicht. Rheinland-Pfalz liegt an der Spitze der Bundesländer. Wir haben die drittniedrigste Arbeitslosenquote deutschlandweit.

Interview mit Kurt Beck (Forts.)

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise war auch für Rheinland-Pfalz eine besonders große Herausforderung. Aber wir haben es geschafft, besser und schneller als andere aus der Konjunkturkrise heraus zukommen. Wir haben den Unternehmen unbürokratisch geholfen und Arbeitsplätze gesichert. Aktuell werden in Rheinland-Pfalz 2666 Projekte mit einem Investitionsvolumen von gut 840 Millionen Euro gefördert oder sind zur Förderung vorgesehen. Bei all diesen Maßnahmen setze ich auf den Dialog und das Miteinander von Politik, Unternehmen und Arbeitnehmervertretungen. Nur wenn man miteinander redet, findet man tragfähige Lösungen!

Ich möchte, dass sich die Menschen in Rheinland-Pfalz wohlfühlen, dass sie gerne hier leben. Es ist wahr: Hier lebt man gut, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, in einer guten Mischung aus Tradition und Innovation, Bewahrung der einzigartigen Landschaften und der Kultur bei gleichzeitiger Förderung von Infrastruktur und neuen Ideen. Rheinland-Pfalz bietet den Menschen eine Heimat mit Zukunft.

TiB: Nicht alles ist Gold was glänzt! Welche Ereignisse müssen kritisch beurteilt werden?

Kurt Beck: Niemand von uns ist vor Fehlern gefeit. Sie zu machen, ist etwas sehr Menschliches. Ich darf nun seit 16 Jahren dieses Land als Ministerpräsident regieren und zu behaupten, ich hätte nie einen Fehler gemacht, wäre anmaßend. Eine Regierungszeit ist geprägt vom Handeln und Arbeiten für unsere Heimat und für die Menschen. Am Nürburgring wurden Fehler gemacht, zweifellos.

Mein damals verantwortlicher Finanzminister hat Verantwortung übernommen und ist zurückgetreten. Mittlerweile sind wir hinsichtlich des Nürburgrings sehr optimistisch. Wir haben ein neues Konzept erarbeitet und ich stehe zur Rennstrecke und den Investitionen dort. Bereits die Vorgängerregierung hat in den Ring und in die strukturschwache Region Eifel investiert. Auch an vielen anderen Orten haben wir bei der Konversion in Infrastruktur investiert, sonst stünden wir heute nicht so gut da.

TiB: Schauen wir in die Zukunft. Welchen Herausforderungen wird sich die neue Landesregierung Deiner Meinung nach stellen müssen?

Kurt Beck: Eine der großen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, ist der demographische Wandel. In Zukunft wird es mehr alte Menschen als junge geben. Um dieser Veränderung Rechnung zu tragen, braucht die Gesellschaft veränderte Rahmenbedingungen. Diese hängen auch von dem solidarischen Klima in einer Gesellschaft ab: Solidarität hat uns stark gemacht, dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns in Rheinland-Pfalz eingesetzt, dafür stehen wir auch in Zukunft. Deshalb gestalten wir den demographischen Wandel schon jetzt und fördern das solidarische Zusammenleben der Generationen. Ältere Menschen mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen sind bei uns gefragt, auch auf dem Arbeitsmarkt. Wir setzen uns für ein solidarisches Gesundheitssystem ein, das allen Menschen unabhängig vom Einkommen die notwendigen medizinischen Leistungen garantiert.

Interview mit Kurt Beck (Forts.)

Wir sichern eine qualitativ hochwertige Pflege in Rheinland- Pfalz. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Gesundheit und ihrem Alter selbst bestimmt leben und arbeiten können. Dafür will ich auch in Zukunft sorgen.

Eine weitere wichtige Herausforderung ist sicher die Einhaltung der Schuldenbremse, die der Landtag im Dezember in der Landesverfassung verankert hat. Bis 2020 wollen wir die strukturelle Neuverschuldung auf null senken. Das bedeutet: Wir müssen in den Jahren 2012 bis 2020 jahresdurchschnittlich 160 Millionen Euro sparen. Dabei haben wir uns aber trotzdem zum Ziel gesetzt, nicht bei der Bildung zu sparen, sondern im Gegenteil: Hier wollen wir weiter investieren – denn hier liegt die Zukunft unserer Gesellschaft.

TiB: Welches sind aus Deiner Sicht die wichtigsten Themen des SPD-Programms zur Landtagswahl?

Kurt Beck: Das wichtigste Thema ist ganz klar die Bildung. Es ist mir persönlich ein großes Anliegen, hier für Chancengerechtigkeit zu sorgen. In Rheinland-Pfalz soll es nicht vom Geldbeutel der Eltern oder von der Herkunft abhängen, welche Ausbildung die Kinder machen können. Deshalb setzt die SPD auf gebührenfreie Bildung. Wir sorgen aber auch für eine gute Qualität der Betreuungsangebote, der Ausstattung der Schulen und für eine gute Lehrerversorgung. In unserem Programm haben wir zwei neue Vorschläge gemacht: Wir senken die Klassenmesszahlen Schritt für Schritt, angefangen in den Eingangsklassen der Grundschulen, auf 24 Schüler.

Wir könnten durch den demographischen Wandel in Zukunft rund 1000 Lehrerstellen einsparen. Stattdessen erhalten wir sie und ermöglichen so die kleineren Klassen. Außerdem wollen zukünftig 2012 die Bus- und Bahnfahrten zur Schule kostenfrei machen. Das spart pro Kind rund 250 Euro jährlich. Damit entlasten wir die Familien weiter. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – dieses Thema wurde in Deutschland viel zu lange vernachlässigt. Durch den Ausbau der Ganztagschulen, den gebührenfreien Kindergarten und dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab zwei Jahren wollen wir die Flexibilität von Familien stärken.

In unserem Programm greifen wir auch das Thema Bürgerbeteiligung auf. Im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform haben wir gezeigt, dass es gelingen kann, die Bürgerinnen und Bürger auch bei komplexen politischen Vorhaben zu beteiligen. Dabei haben sich die Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache in die Diskussion über die Zukunft unserer Kommunal- und Verwaltungsstrukturen eingebracht.



Foto: Reiner Voss

Interview mit Kurt Beck (Forts.)

Ihre Hinweise und Empfehlungen haben das Reformprojekt entscheidend mitgeprägt. Einer der Vorschläge war die Verbesserung der Bedingungen für die direktdemokratische Beteiligung der Bürger auf kommunaler Ebene. Das haben wir getan, indem wir die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erheblich gesenkt haben.

Die Auseinandersetzungen um "Stuttgart 21" zeigen deutlich, dass es zum Ausbau der Bürgerbeteiligung keine Alternative gibt. Wir sind der Meinung, dass es auch bei Großprojekten gelingen kann, die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubinden. Bürgerbeteiligung kann und soll unser bewährtes System der repräsentativen Demokratie nicht ersetzen, sie kann sie jedoch wirksam bereichern. Ich bin davon überzeugt, dass wir auf diese Weise sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch in den Kommunen und bei den Investoren Vertrauen und Planungssicherheit stärken können.

Konkret wollen wir künftig bei der Realisierung von Großprojekten erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig, in verständlicher Sprache und in allen Phasen des Planungs- und Entscheidungsprozesses umfassend informiert und ihnen Möglichkeiten der Mitsprache eingeräumt werden. Deshalb haben wir auf unserem Landesparteitag am 15. Januar 2011 in Mainz einstimmig beschlossen, gemeinsam mit den kommunalen Verantwortungs- und Entscheidungsträgern ein modernes Dialog- und Beteiligungskonzept für Großprojekte zu erarbeiten.

Mit unserem Programm wollen wir die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer überzeugen. Wir werben für eine sozial gerechte Politik. Ich hoffe, dass mir die Bürgerinnen und Bürger am 27. März erneut ihr Vertrauen aussprechen.

TiB: Vielen Dank für das Interview.

Das Interview mit Kurt Beck führte Uwe Wunn.

Der Kommentar

Respekt vor Olaf Scholz! Der Gewinner der Hamburger Bürgerschaftswahl hob sich am Wahlabend im Fernsehen von den meisten gezeigten Politikern erfrischend ab. Ohne Arroganz und Häme, aber außerordentlich sachlich, beantwortete er die Fragen der Journalisten. Dabei hackte er nicht auf dem politischen Gegner herum, wie das von anderen gemacht wurde. Bescheiden wies er darauf hin, dass das, was er versprochen hatte, nun umgesetzt werden muss. Es tat gut, zu sehen: es geht auch anders. Auch viele Nicht-SPD-Anhänger haben mir das bestätigt. Weiter so, Olaf Scholz!

Uwe Wunn

Verwaltungs- und Gebietsreform

Position des SPD-Ortsvereins

Der Vorstand des SPD-OV Trippstadt hat in seiner letzten Sitzung die Informationsveranstaltung von Bürgermeister Unnold am 11.01.2011 zur Kommunal- und Verwaltungsreform diskutiert und bewertet.

Bürgermeister Unnold verhält sich nicht ungeschickt. Er vermeidet alle Aussagen, auch genaue Wiedergaben von Gesetzestexten, die das Erreichen seines Ziels, eine Fusion mit der VG Landstuhl erschweren. Er operiert auszugsweise mit Schreiben von der Landesregierung, wobei für die Zuhörer keine Chance besteht in Ruhe einen umfassenden Einblick zu erlangen.

Seine Aussage, der Kreis Kaiserslautern sei aus Sicht der Landesregierung unantastbar, ist aufgrund von Äußerungen der Vertreter der Landesregierung bei den Bürgerkongressen in Landstuhl und Queidersbach nicht haltbar.

Seine Informationsveranstaltung als Bürgerbeteiligung einzustufen ist sehr weit hergeholt. Sie beschränkt sich lediglich auf Teilinformationen über die gesetzlichen Grundlagen und spart den Block Information und Offenlegung von Notizen über geführte Gespräche völlig aus.

Die in Aussicht gestellten Zusagen von Verbesserungen werden von ihm nicht zu verantworten sein, weil er dann nicht Chef der Verwaltung sein wird und ein künftiger Verbandsgemeinderat hat eine nicht kalkulierbare Zusammensetzung.

Die Reaktion der Bürger ist eine breite Ablehnung gegenüber einer Fusion mit der VG Landstuhl bei gleichzeitigen Bedenken wegen der Aufgabe der Selbständigkeit der Ortsgemeinden bei einem Anschluss an die Stadt Kaiserslautern.

Auch die Initiative „Pro Kaiserslautern-Süd“ sieht die Beibehaltung der Selbständigkeit als zentrales Ziel mit ihrer Forderung die VG KL-Süd ohne Veränderungen weiterzuführen. Der Initiative „Pro Kaiserslautern-Süd“ gehören u. a. Bernd Mayer (FWG), Ortsbürgermeister von Schopp, Bernd Gemba, Ortsbürgermeister von Krickbach, Manfred Stahl (FWG), Ortsbürgermeister von Trippstadt, Rudolf Radtke (SPD), ehemaliger Ortsbürgermeister von Stelzenberg, Alois Schmitt (FWG), ehemaliger Ortsbürgermeister von Queidersbach, Albrecht Brewi (FWG), ehemaliger Beigeordneter der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd an.

Die umfassende Beteiligung der Bürger und letztlich die Berücksichtigung deren Wünsche sind das Maß alle Dinge. Deshalb ist die Initiative des SPD Landesverbandes Rheinland Pfalz „Bürgerbeteiligung ausbauen, Demokratie stärken, Planungssicherheit erhöhen“ aufgrund der Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 notwendig und der richtige Weg.

Verwaltungs- und Gebietsreform (Forts.)

Wenn nun eine ablehnende Haltung gegenüber einer Fusion mit Landstuhl und die Sorge um den Verlust der Eigenständigkeit erkennbar sind, zeigt das Erste Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform im § 1, Abs. 2 einen Weg auf, der das Ziel der Reform erreichen lässt und dem Willen der Bürger gerecht wird (Hilfsweise sei auch auf den Bericht 5/2009 der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, KGSt verwiesen).

In dem Gesetz und dem Bericht wird ausdrücklich auf die Kooperation von Gebietskörperschaften hingewiesen, insbesondere wenn sie ihren Sitz in der gleichen Gemeinde haben.

Aus diesem Grund sieht der Vorstand des SPD-OV Trippstadt eine große Chance durch eine **Verwaltungskooperation der VG KL-Süd mit der Stadt Kaiserslautern** das Ziel der Verwaltungsreform zu erreichen, letztlich Kosten ohne Nachteile für die Versorgung der Bürger einzusparen. Mit diesem Konzept würde die Eigenständigkeit der VG und der OG bestehen bleiben und für die Bürger würde sich nichts ändern.

Deshalb ist es, um dem Bürgerwillen gerecht zu werden, unabdingbar mit aller Ernsthaftigkeit die Ausgestaltung einer Verwaltungskooperation mit der Stadt Kaiserslautern zu prüfen.

Unser Wahlkreiskandidat



Thomas Wansch, MdB

Meine Ziele für unsere Heimat:

- Gute Ausbildung und qualifizierte Arbeitsplätze für junge Menschen
- Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen durch Wirtschafts- und Technologieförderung
- Chancengleichheit in der Bildung
- Auch in Zukunft kostenfreie Kitas, Schulen und Hochschulen
- Weiterentwicklung von Stadt und Landkreis Kaiserslautern als lebens- und liebenswerte Region für Familien mit Kindern und für Senioren
- Ansprechpartner für unsere Bürgerinnen und Bürger bei Fragen und Anliegen

Sudoku

Für Ratefüchse – ein SUDOKU:

Die Zahlen 1-9 dürfen in jeder Zeile und Spalte und in jedem Quadrat nur einmal vorkommen.

			4			8		2
3		7			5			
		2				9		
9		3				1		
		1			7	4	9	8
			6		1			7
	3		8	6		2	4	
	4		3	5				
2	9						3	



**Sagen Sie
uns Ihre
Meinung !**

Der SPD-Ortsverein im Internet

Aktuelle Hinweise, Ansprechpartner, Emailadressen oder Telefonnummern finden Sie im Internet unter der URL

<http://www.spd-ov-trippstadt.de/>

Impressum

SPD Ortsverein Trippstadt, Michael Käfer, 1. Vorsitzender

Redaktion:
Eckhard Linn, Uwe Wunn